

Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2010 durch Landrat Dr. Olaf Gericke

Sitzung des Kreistages am 6. November 2009

Vor einer Woche sind wir zur konstituierenden Sitzung hier im Sparkassenforum erstmals zusammen gekommen. Ich freue mich sehr, dass dort die grundlegenden organisatorischen Fragen zwischen den Fraktionen einvernehmlich geregelt werden konnten.

Das ist ein guter Start in die neue Wahlperiode!

Ich wünsche mir, dass wir in den nächsten fünf Jahren trotz vielleicht hier und da unterschiedlicher politischer Vorstellungen sachlich und fair miteinander um den richtigen Weg für unseren Kreis ringen. Ich möchte heute noch einmal meine Bereitschaft erklären, mit allen Fraktionen vertrauensvoll zusammenzuarbeiten.

Heute beginnt nun mit der Einbringung des Haushalts die eigentliche Sacharbeit. Der Beschluss der Haushaltssatzung ist jedes Jahr die wichtigste Aufgabe des Kreistages. Denn Sie setzen mit dem Haushaltsplan den finanziellen Rahmen für die Arbeit der Kreisverwaltung im nächsten Jahr!

Meine Damen und Herren,

Ich habe es Ihnen am 22. September im Eckdatenpapier bereits mitgeteilt: Die schwerste Weltwirtschaftskrise der Nachkriegszeit hat auch uns im Kreis Warendorf erreicht; sie wirkt sich massiv auf den Kreishaushalt 2010 aus.

In welcher schwierigen Spagat-Situation wir uns derzeit befinden, wird an dieser Karikatur deutlich:

Auf der einen Seite brechen uns die Ertragspositionen des Haushalts ein – auf der anderen Seite steigen die Aufwandspositionen insbesondere des Sozialbudgets. Welche gewaltigen zusätzlichen Belastungen wir schultern müssen, welchen Zwängen wir dabei unterliegen und wie es dennoch gelingt, den Haushalt 2010 auszugleichen, werde ich Ihnen gleich näher erläutern. Ich werde Ihnen zeigen: **Wir schaffen den Spagat!**

Meine Damen und Herren,

der Haushalt des Kreises ist aber viel mehr, als nur ein bloßes Zahlenwerk, in dem nachzulesen ist, woher das Geld kommt, das uns zur Verfügung steht und wie wir es ausgegeben wollen.

Der Haushalt ist politisches Gestaltungsinstrument, er zeigt Prioritäten der vor uns liegenden Arbeit auf – kurzum: Er gestaltet Zukunft! Auch dieser Aspekt kommt beim Haushalt 2010 nicht zu kurz.

Auch hierfür haben wir eine Karikatur: Trotz des düsteren Konjunkturmhimmels schaut unser – ich nenne ihn mal "Kreisi" – optimistisch in die Zukunft. Und dazu hat er auch allen Grund!

I. Politische Schwerpunkte

Wir tun eine ganze Menge, um zunächst einmal aus diesem Konjunktural herauszukommen - und wir kümmern uns weiterhin intensiv um zukunftsweisende Projekte! Das möchte ich an 5 Punkten verdeutlichen:

1. Konjunkturpaket II wird umgesetzt

Beginnen möchte ich mit dem Konjunkturpaket II - um die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen, hat der Bund das Konjunkturpaket II geschnürt. Uns stehen rund 5,8 Mio Euro daraus zur Verfügung. Sie, die Mitglieder des Kreistages haben kurz vor den Osterferien grünes Licht für sechs große energetische Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen gegeben – daran wird seither mit Hochdruck gearbeitet. Über 1 Mio Euro sind bereits durch Aufträge gebunden.

1. Bereits abgeschlossen ist die **Dachsanierung an unserem Berufskolleg in Ahlen** – dafür wurden die Sommerferien genutzt.

Mit einem Auftragsvolumen von ca. 250.000 € hat ein Dachdeckerbetrieb aus dem Kreisgebiet die ca. 3000 qm große Dachfläche mit einer zusätzlichen Dämmschicht versehen und eine neue Dachabdichtung montiert.

2. Auch an unserem **Museum Abtei Liesborn** wird schon fleißig gearbeitet. Im September wurde mit der Sanierung des historischen Schieferdaches begonnen. Die weiteren Maßnahmen - Dämmung des Dachgeschosses, Brandschutzmaßnahmen, Heizungserneuerung - befinden sich in der Ausführungsplanung.

3. Bei der **Aula des Beckumer Berufskollegs** konnte ebenfalls die Flachdachsanierung vorgezogen werden und ist bereits bis auf kleine Restarbeiten abgeschlossen. Für die geplante Fassadensanierung wird derzeit die Ausschreibung für die Glasfassade vorbereitet. Baubeginn ist im Frühjahr.

4. Ebenfalls im Frühjahr wird mit dem Erweiterungsbau unseres Berufskollegs in Warendorf – seit einer Woche Paul Spiegel Berufskolleg – begonnen. Die Baugenehmigung liegt vor – zurzeit werden die Ausführungs- und Detailpläne erstellt – dann folgt die Ausschreibung der Baugewerke.

5. Bei der Regenbogenschule in Beckum ist die Ausführungsplanung abgeschlossen. Das Gebäude wird eine neue Fassade aus dem Hause Eternit aus Neubeckum und neue Fenster von VEKA aus Sendenhorst erhalten. Baubeginn: ebenfalls Frühjahr 2010.

6. Für die Sanierung des Gesundheitsamtes in Ahlen - Fassaden- und Dachsanierung sowie Umbau des Erdgeschosses - liegt bereits die Baugenehmigung der Stadt Ahlen vor. Derzeit werden die Ausschreibungen der einzelnen Baugewerke vorbereitet. Als Starttermin der Baumaßnahme ist März/April 2010 vorgesehen.

2. Klimaschutz wird "GROSSGESCHRIEBEN"

All diese Maßnahmen dienen weitgehend der energetischen Gebäudesanierung. Das wird uns zusätzliche Punkte bringen beim **European Energy Award für Kreise**, um den wir uns als erster deutscher Kreis beworben haben.

Mitte des Jahres hat der Umweltausschuss eine Maßnahmenliste mit **75 Einzelaktivitäten zum Klimaschutz** beschlossen. Die gesamte Kreisverwaltung einschl. der gfw und der AWG ist in den Prozess zum nachhaltigen Klimaschutz eingebunden. Uns geht es dabei natürlich auch darum, Energiekosten zu sparen!

Hier einige wenige Beispiele:

- 2010 sollen 2 weitere Kreisgebäude mit CO₂-mindernden Pellettheizkesseln ausgestattet werden und die letzte Nachtstromspeicherheizung in Liesborn soll abgebaut werden. Gerade diese Heizungen sind wahre Klimakiller und nach der Energieeinsparverordnung künftig nicht mehr zulässig.
- Die sanierten Dachflächen des Berufskollegs Beckum haben wir verpachtet – dort wird in diesen Tagen durch einen Investor eine Photovoltaikanlage installiert. Der Strombedarf für ca. 30 Haushalte wird dort demnächst produziert.
- Vor wenigen Tagen nahmen auch 26 Mitarbeiter der Kreisverwaltung an einer Eco-Drive-Schulung - einem energiesparenden Fahrtraining – teil.

Nach Abschluss der eea-Pilotphase zum Jahresende rechnen wir fest damit, Anfang nächsten Jahres unseren Preis entgegen nehmen zu können. Er wird Ansporn für uns sein, mit gleichem Elan beim Klimaschutz weiterzumachen!

3. Integration fördern

Ebenfalls mit unverändertem Elan weiterarbeiten wollen wir an einem anderen zentralen Projekt: Der Integration der Zuwanderer. "Einander kennen lernen" – unter diesem Motto steht das Integrationsprojekt im Kreis. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir mehr übereinander wissen müssen, um bei der Integration weiterzukommen. **Integration ist keine Minderheitenpolitik, sondern geht uns alle an!** Bei uns leben etwa 50.000 Menschen, die eine Zuwanderungsgeschichte haben. Wir brauchen die Fähigkeiten aller bei uns lebenden Menschen, damit sich der Kreis Warendorf weiterhin gut entwickelt!

Deshalb erstellen wir einen umfangreichen Integrationsbericht. Mit möglichst vielen Betroffenen wollen wir dabei ins Gespräch kommen – **Integration darf weder eine Einbahnstraße noch von oben herab verordnet sein!**

Zurzeit drücken wir bei dem vom Land geförderten Projekt weiter kräftig aufs Tempo. Unsere für Integration zuständige Sozialplanerin Verena Schulte-Sienbeck hat gemeinsam mit den 13 Städten und Gemeinden lokale Integrationskonferenzen einberufen. In den meisten Kommunen fanden sie in diesem Herbst statt, weitere Termine folgen in den nächsten Wochen.

Der Integrationsbericht soll kein Selbstzweck sein. **Wir wollen keine Datenfriedhöfe anlegen, sondern mit allen Beteiligten konkrete Lösungsmöglichkeiten suchen und benennen.** Die Ergebnisse der umfangreichen Befragungen, die wir durchgeführt haben, sowie

der Integrationsforen sollen in unsere künftige Arbeit einfließen. Vier Planungsgruppen mit Experten aus den Bereichen Sprache, Bildung, Arbeit/Wirtschaft und Gesundheit/Sport wurden zudem gebildet. Eine fünfte Gruppe setzt sich aus interessierten Bürgern zusammen. Sie überprüfen die Vorschläge der anderen Gruppen auf ihre Alltagstauglichkeit und bringen eigene Ideen ein.

Mit dem Integrationsbericht haben wir einen umfangreichen Planungsprozess eingeleitet. **Was in Jahrzehnten versäumt wurde, lässt sich aber nicht in kurzer Zeit nachholen.** Deshalb müssen wir uns darüber im Klaren sein: Diese Aufgabe wird uns in den kommenden Jahren verstärkt beschäftigen. **Die Schlüssel zu einer erfolgreichen Integration sind Bildung und Sprache. Und dabei dürfen wir trotz knapper Kassen nicht auf die Bremse treten. Das hieße, am falschen Ende zu sparen** – und würde durch Folgekosten einer nicht gelungenen Integration am Ende teurer.

Wie ich eben erwähnt habe, konnten wir schon während des laufenden Integrationsprozesses erste wichtige Projekte auf den Weg bringen. Ich erinnere an **FIT** (Frühkindliches IntegrationsTraining) Dieses bundesweit einmalige Konzept haben wir selbst entwickelt.

Mit Unterstützung der Stiftung Mercator (Essen) werden wir zudem erstmals im Münsterland ab 2010 **Förderunterricht für Schüler mit Migrationshintergrund** an weiterführenden Schulen anbieten.

An diesem, wie ich finde, innovativem Beispiel, sehen Sie: Nicht nur Geld, sondern vor allem Kreativität ist gefragt, damit wir die vor uns liegenden Herausforderungen bewältigen können.

4. Bildung voranbringen

Stichwort Bildung: Sie ist nicht nur Schlüssel zur Integration sondern auch für alle die Basis für eine erfolgreiche Teilhabe an unserer Gesellschaft.

Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels ist eine fundierte schulische Bildung und Ausbildung insbesondere der Kinder und Jugendlichen aus Familien mit Migrationshintergrund der wesentliche Faktor für die Zukunft. Um im Bildungssystem bestehen zu können und den Anforderungen der Wirtschaft und der Gesellschaft gewachsen zu sein, ist das Beherrschen der deutschen Sprache eine unerlässliche Voraussetzung. Sprachkompetenz ist der Schlüssel zur Bildung – und für Kinder aus Migrantenfamilien überdies auch die Grundvoraussetzung für eine gelingende Integration.

Eine gezielte Sprachförderung muss bereits im Kindergarten beginnen und während der gesamten Schullaufbahn bis hinein in das Berufsleben fortgesetzt werden. Hauptaufgabe des neuen Bildungsplaners und des Regionalen Bildungsbüros wird es daher sein, ein Gesamtkonzept zur Sprachförderung zu entwickeln.

Zweite wichtige Aufgabe wird die Verbesserung der Durchlässigkeit des Schulsystems und die Optimierung des Übergangs vom Elementar- in den Primarbereich sowie von der Schule in den Beruf sein. Ermöglicht werden muss eine Bildungsbiographie ohne Brüche. Erste Schritte im Rahmen des Bildungsnetzwerkes sind bereits auf der ersten Regionalen Bildungskonferenz des Kreises im Juni dieses Jahres unternommen worden.

Chancen auf einen erfolgreichen Übergang in den Beruf müssen aber auch alle Jugendlichen mit sonderpädagogischem Förderbedarf haben.

Damit dies im Kreis Warendorf möglich ist, wird sich das Regionale Bildungsbüro als Koordinierungsstelle an dem Projekt "ILJA – Integration lernbehinderter Jugendlicher in Ausbildung" des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW beteiligen.

5. Den ländlichen Raum stärken

Eine gesunde Wirtschaft, ist Grundlage unseres Wohlstandes.

Deshalb müssen wir alles dafür tun, unseren Kreis als Wirtschaftsstandort im ländlichen Raum voranzubringen. Das sind wir unseren 14.000 zumeist mittelständisch geprägten Unternehmen schuldig!

Seit ein paar Tagen sind wir **Fachhochschulstandort** – die ersten Studenten starteten zum Wintersemester ihr duales Maschinenbaustudium am Berufskolleg Beckum. Weitere Studienangebote sollen folgen – die FH vor der Haustür ist für uns ein toller Erfolg und stärkt den Wirtschaftsstandort Kreis Warendorf.

Wir müssen aber noch viel mehr tun:

Hier sehe ich den **Ausbau der B 64** und die **Breitbandversorgung** als besondere Schwerpunkte.

Aber auch in dem **EUREGIO-Projekt "Energiequelle Wallhecke"** sehe ich neue Chancen für unseren ländlichen Raum. Nach einer Hochrechnung könnten theoretisch 5 – 8 % aller Einfamilienhäuser im Kreis mit Hackschnitzeln aus der Heckenpflege versorgt werden. **Es lohnt sich, das Vorhaben weiter zu verfolgen.**

II. Steigende Aufwendungen

Meine Damen und Herren,

all das sind wichtige Projekte, denen wir uns weiter mit Nachdruck widmen werden. Auch bzw. gerade wenn das Geld knapp wird, dürfen wir solche zukunftsweisenden Aufgaben nicht vernachlässigen oder gar aus den Augen verlieren.

Natürlich würde uns vieles leichter fallen, wenn das Kreissäckel wohlgefüllt wäre. Das ist – nach guten Jahren die hinter uns liegen – 2010 aber leider nicht der Fall.

Was bringt uns so in Schieflage?

Ich möchte zunächst auf die steigenden Aufwendungen eingehen.

1. Belastungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende steigen – Zukunft der ARGE ungewiss

Eine Folge der Weltwirtschaftskrise ist der Anstieg der Arbeitslosigkeit – bei uns ist sie von 4,8 % im Oktober letzten Jahres auf aktuell 6 % gestiegen. Dieser Anstieg wirkt sich auch auf die Zahl der Langzeitarbeitslosen aus.

Im Oktober letzten Jahres zählten wir noch unter 7.700 Bedarfsgemeinschaften – zurzeit sind es knapp 8.300. Seit 2 Monaten verzeichnen wir erfreulicherweise stagnierende, sogar leicht rückläufige Zahlen. Die Prognosen gehen aber von einer weiteren deutlichen Steigerung in den nächsten Monaten aus.

Wie sich die Zahlen aber wirklich weiter entwickeln, lässt sich heute kaum seriös einschätzen. Für jeweils 100 Bedarfsgemeinschaften fallen Kosten für Unterkunft und Heizung von etwa 370.000 Euro jährlich an. An dieser Zahl wird deutlich: In dieser drittgrößten Etatposition steckt eine erhebliche Unsicherheit und ein beträchtliches Risiko für unseren Haushalt!

Wir rechnen damit, dass sich die Kosten des SGB II im kommenden Jahr um 3,7 Mio Euro auf 33 Mio Euro erhöhen wird. Die monatlichen Aufwendungen werden auf über 2,8 Mio Euro steigen.

Sie haben es sicher gelesen: Nach dem Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP soll die Betreuung und Vermittlung von Langzeitarbeitslosen künftig wieder in getrennter Aufgabenerledigung erfolgen.

Wenn es so kommt bedeutet das, dass die ARGE im Kreis Warendorf spätestens zum 31.12.2010 aufgelöst werden muss. Agentur für Arbeit und Kreis werden ihre Aufgaben wieder getrennt voneinander wahrnehmen.

Um unnötige Doppelarbeit zu vermeiden, soll die Bundesagentur für Arbeit den Kommunen "attraktive Angebote zur freiwilligen Zusammenarbeit" unterbreiten. Wie die aussehen, weiß im Moment noch keiner.

Künftig müssen die Hilfesuchenden wohl wieder zwei Anträge stellen: bei der Arbeitsagentur für die Regelleistungen und bei der Kommune insbesondere für Kosten der Unterkunft und Heizung. Das heißt, dass auch alle Unterlagen und Nachweise doppelt vorgelegt werden müssen.

Ich bedauere diese Entscheidung sehr, zumal unsere ARGE in den letzten Jahren gut und erfolgreich gearbeitet hat. Aber wir werden alles daran setzen, die für die Bürgerinnen und Bürger optimalen Bedingungen herauszuholen. Ich bin sehr auf das Angebot der Bundesagentur für Arbeit gespannt.

Parallel werden wir uns aber auch so schnell wie möglich auf den Umbruch vorbereiten. Hierzu habe ich bereits eine Arbeitsgruppe gebildet. Natürlich wird die Politik rechtzeitig in die Neugestaltung einbezogen.

Die hilfebedürftigen Menschen im Kreis Warendorf werden auf jeden Fall weiterhin pünktlich ihre Leistungen erhalten!

2. Alterung der Gesellschaft: Pflegekosten steigen

Die Zahl der alten Menschen steigen: 2003 lebten bei uns 10.268 sog. Hochbetagte – also Frauen und Männer im Alter über 80 Jahre. Diese Zahl ist in den letzten 5 Jahren auf über 13.000 gestiegen. In 2010 wird der Einwohner-Anteil der Hochaltrigen im Kreis Warendorf schon bei 5 % liegen.

Es ist toll, dass die allermeisten auch in diesem Alter noch so fit sind, um ganz ohne oder aber mit Unterstützung der Familie oder von ambulanten Hilfen weiter in ihrer häuslichen Umgebung leben können. Das ist auch unser Bestreben: Wenn Pflege notwendig ist, dann ambulant vor stationär!

Bereits im Jahr 2006 haben wir aufgrund der bis dahin ständig steigenden Fallzahlen im Pflege-Bereich unsere Steuerungsbemühungen verstärkt. Wir haben z. B. die bis dahin auf die Gemeinden delegierten Aufgaben wieder zurückgenommen und eine Clearingstelle eingerichtet, die die Heimnotwendigkeit in Fällen ohne Pflegestufe und bei Pflegestufe I überprüft. Wir werden diese – allerdings begrenzten – Steuerungsmöglichkeiten weiter ausbauen.

Das war und ist erfolgreich: Die Fallzahlen der stationären Pflege konnten in 2007 und 2008 zunächst zurückgeführt werden. Danach sind jedoch wieder moderate Steigerungsraten festzustellen. Aufgrund der schon eingangs dargestellten demografischen Entwicklung erscheint auch eine weitere Rückführung der Heimunterbringungszahlen auf Dauer nicht realistisch. Wir rechnen daher im kommenden Jahr mit Mehraufwendungen für Pflege (stationär und ambulant einschließlich Pflegewohngeld und Zuschüssen) von rund 1,1 Mio EURO.

3. Ausbau der Kindertagesbetreuung

Wir wollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf - und deshalb ist das zusätzliche Geld für die Kinderbetreuung gut und richtig angelegt.

Sie sehen es an der Grafik: die Zahl der Plätze für die über 3jährigen Kinder sinkt – gleichzeitig steigen die Zahlen im U 3-Bereich.

Nicht mehr benötigte Ü3-Plätze werden – soweit möglich – in Plätze für die Betreuung der kleineren Kinder umgewandelt und so dem steigenden Bedarf angepasst. Wir streben hier bis 2013 eine Versorgungsquote von 36% an!

Für das laufende Kindergartenjahr sind für die U 3-Betreuung bereits insgesamt 602 Plätze in Tageseinrichtungen und 170 in Kindertagespflege vorgesehen. Im kommenden Kindergartenjahr sollen nochmals 184 Plätze in Tageseinrichtungen und 40 in der Kindertagespflege dazu kommen.

Ein Ü 3 – Platz kostet dem Kreis jährlich rund 2.200 Euro während ein U 3-Platz mit rund 4.100 Euro fast die doppelten Kosten verursacht.

Deshalb wird der Kreisanteil an den Betriebskosten der Tageseinrichtungen im kommenden Jahr um rund 740.000 € steigen - die zusätzlichen Tagespflegeangebote kosten ca. 220.000 € mehr.

4. Steigende Entwässerungsgebühren

In einem Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster vom 18.12.2007 wurde grundsätzlich festgestellt, dass für die Beseitigung von Niederschlagswasser eine gesonderte Gebühr zu erheben ist.

Für uns bedeutet dies, dass wir künftig auch in den Ortsdurchfahrten für unsere Kreisstraßen Gebühren zahlen müssen. Grundlage für die Berechnung ist die versiegelte Flächengröße.

Die Städte und Gemeinden haben ihre Satzungen bereits entsprechend angepasst - die Heranziehung erfolgt teilweise rückwirkend ab dem Jahr 2007. Für das Haushaltsjahr 2010 sind deshalb **516.000 €** veranschlagt. Ab 2011 sind für die Entwässerungsgebühren 250.000 € jährlich vorgesehen.

5. Mehr Geld für Kreisstraßenunterhaltung

Zur "Stabilisierung" der Kreisumlage haben wir im letzten Jahr den Ansatz für die Unterhaltung unserer 368 Kilometer Kreisstraßen um 600.000 € gekürzt. Es bestand jedoch Einigkeit in den politischen Gremien darüber, dass es sich hierbei um **eine einmalige Kürzung handeln sollte**.

Wir dürfen unser Straßennetz nicht verkommen lassen. Mit diesem Geld werden kleinere Reparaturen bzw. Sanierungen an den Straßen und Brücken durchgeführt. Wenn wir weiter darauf verzichten, werden über kurz oder lang weitaus höhere Sanierungskosten zu tragen haben. Deshalb brauchen wir diese 1,1 Mio € - im übrigen helfen wir damit gerade jetzt im Konjunkturtief unseren Tiefbauunternehmen.

6. Kein zusätzliches Personal – aber höhere Kosten

Der Personalkostenansatz für die Kreisverwaltung liegt im Jahre 2010 bei rd. 40,6 Mio €. Dies bedeutet eine Steigerung von knapp 1,3 % = 520 T€ im Vergleich zu den Personalkosten des Jahres 2009.

Die Steigerung basiert einzig auf zu erwartenden Tarifsteigerungen und einer Steigerung der Beamtenbesoldung.

Derzeit gehen wir davon aus, dass die Tarifvertragsparteien eine Steigerung von 1,3 % vereinbaren werden. Genauso wahrscheinlich ist es, dass der Landesgesetzgeber die geplanten 1,2 % Steigerung abschließend für 2010 beschließen wird.

Obwohl wir hieran nichts ändern können – und ich sage auch ganz klar, dass für gute Arbeit auch guter Lohn gezahlt werden muss – versuchen wir selbstverständlich einem "Weggaloppieren der Personalkosten" entgegen zu treten. Welche Stellschrauben gibt es?

- **Keine Ausweitung des Stellenplans**

Der Stellenplan für 2010 hat keine Ausweitung unserer Planstellen. Wir haben zwar neue Stellen geschaffen – eine halbe Stelle im Bereich der Bildungsplanung, eine Stelle im Bereich des Rettungsdienstes, zwei Stellen im Allgemeinen Sozialen Dienst des Jugendamtes, eine Stelle in der Fremdenverkehrsförderung und eine Stelle in der Servicestelle Personal.

Diese Stellen dienen der Sicherheit der Menschen im Kreis sowie der zukunftsgerichteten Entwicklung unseres Kreises. Zudem ist die neue Stelle im Rettungsdienst im Ergebnis refinanziert über Gebühren.

Die Mitarbeiterin in der Fremdenverkehrsförderung wurde im übrigen ausdrücklich von den Bürgermeistern gewünscht, um die Attraktivität des Kreises Warendorf als Urlaubsregion steigern zu helfen. Frau Schneider macht hier gute Arbeit!

Für diese zusätzlichen Mitarbeiter haben wir aber keine Ausweitung des Stellenplan vorgenommen - durch eine straffe Aufgabenkritik wurden an anderen Stellen abgebaut!

- **Stellenvakanzen**

Gespart wird auch bei der Neubesetzung von Stellen – indem wir eine gewisse Zeit abwarten, bis die Wiederbesetzung erfolgt. Allerdings tun wir dies mit Augenmaß. Es kann nicht sein, dass z. B. die Stelle eines Sozialarbeiters, der sich um das Wohl von Kindern kümmert, über Monate nicht besetzt ist. Hier gilt ganz klar: Sicherheit und Kindeswohl gehen über Einsparmöglichkeiten.

Selbstverständlich werden wir auch weiterhin ausbilden – wir brauchen gut ausgebildete Nachwuchskräfte und wollen ihnen im Kreishaus auch nach ihrer Ausbildung einen interessanten und sicheren Arbeitsplatz bieten.

III. Einbrüche bei den Erträgen

Das, meine Damen und Herren, sind die wesentlichen Gründe, die zu einer deutlichen Erhöhung der Aufwendungen geführt haben.

Betrachten wir nun die Ertragseite.

Welche Einbrüche sind dafür verantwortlich, dass unser Kreisi schon fast nasse Füße bekommt?

Und was können wir tun, um ihn letztlich wieder ins Gleichgewicht zu bringen?

1. Weniger Bundesleistungen bei Hartz IV – weniger Wohngeldentlastungsmittel

Als die Hartz IV-Reform verabschiedet wurde, wurde eine gerechte Kostenbeteiligung des Bundes versprochen. Der zunächst mit 31,2 % festgelegte Beteiligungssatz wurde schon 2009 auf 25,4 % abgesenkt - nächstes Jahr soll er nur noch 22,9 % betragen. Bei Kosten von 33 Mio € macht diese **Reduktion des Beteiligungssatzes ein Minus von 2,7 Mio € aus.**

Viele Geld wird uns auch bei den sogenannten **Wohngeldentlastungsmitteln** fehlen.

2008 haben wir noch 5,4 Mio € vom Land erhalten – dieses Jahr sieht der Bescheid lediglich 3,7 Mio € als Anteil an den Einsparungen des Landes beim Wohngeld aufgrund der Hartz IV Reform vor.

Trotz des hiergegen eingelegten Widerspruchs können wir für 2010 nicht mit mehr Geld rechnen, denn das Land hat noch weitere Kürzungen angekündigt. Wir rechnen mit 1,4 Mio € weniger als in diesem Jahr veranschlagt.

2. Ertragseinbrüche bei Zuweisungen und Umlagen

Nach der ersten Modellrechnung zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2010 werden wir rund **1,7 Mio Euro weniger an eigenen Kreis-schlüsselzuweisungen** vom Land NRW erhalten.

Außerdem **sinkt die Steuerkraft unserer 13 Städte und Gemeinden** um 2,85 %.

Allerdings ist – wie die Grafik zeigt – die Entwicklung in den Kommunen höchst unterschiedlich. Während in Ahlen, Beelen, Ennigerloh, Everswinkel und Ostbevern die Steuerkraft steigt, liegt sie in den übrigen 8 Kommunen zum Teil deutlich niedriger.

Die Berechnung der Umlagegrundlagen zur Kreisumlage ergibt sich zum ganz wesentlichen Teil aus diesen Steuerkraftmesszahlen.

Bei einem unveränderten % Satz der Kreisumlage und der Jugendamtsumlage würden dem Kreishaushalt fast 2,9 Mio € fehlen.

IV. Haushaltsausgleich

Das, meine Damen und Herren, ist die Situation, mit der wir fertig werden müssen:

Bei unveränderten Satz der allgemeinen Kreisumlage weist der Entwurf des Kreishaushaltes – ohne Jugendamt – ein Defizit von 11,8 Mio € aus. Das sind immerhin 5 % des Gesamthaushaltsvolumens von 236 Mio €

Ein vollständiger Ausgleich dieses Defizits über die allgemeine Kreisumlage **würde eine Erhöhung des Umlagesatzes um 4 %-Punkte erforderlich machen.** Die derzeitige Finanzkrise und auch die schwierige Lage der Gemeinden ist derart außergewöhnlich, dass eine ausschließliche Deckung über eine höhere Kreisumlage unangemessen wäre.

Die Rettung aus der "Schiefelage" - so mein Vorschlag - teilen sich Kreis und Gemeinden je zur Hälfte.

1. Griff in die Ausgleichsrücklage

Wir als Kreis helfen uns zunächst einmal selbst – nämlich durch einen Griff in die Ausgleichsrücklage.

Sie sehen es an den lachenden Gesichtern der Bürgermeister: als ich ihnen diesen Vorschlag mitgeteilt habe, hellten sich die Minen den Verantwortlichen in den Rathäusern merklich auf.

Herr Dr. Strothmann als Sprecher der Bürgermeister hat mir in der Stellungnahme der Bürgermeister zum Eckdatenpapier geschrieben – ich zitiere:

"Die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage im Haushalt 2010 erkennen wir als Zeichen Ihrer Solidarität mit den Städten und Gemeinden an. Insofern tragen wir die Erhöhung des Hebesatzes zur allgemeinen Kreisumlage für 2010 mit".

Was heißt das nun: Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage?

Die Ausgleichsrücklage ist eine besondere **Bilanzposition und Teil des Eigenkapitals**. Sie wurde im Rahmen der Eröffnungsbilanzierung nach der gesetzlich vorgeschriebenen Berechnung auf 1/3 des Eigenkapitals festgelegt. Seit der Eröffnungsbilanz beträgt die Ausgleichsrücklage beim Kreis Warendorf 9.325.755,75 €.

Diese Ausgleichsrücklage erfüllt eine Art **Pufferfunktion** für den Haushaltsausgleich, um besondere Belastungen, wie jetzt Auswirkungen der Konjunkturkrise, auszugleichen.

Es ist also kein Geld, das aus einer Sparbüchse genommen wird – in der Doppik bedeutet die Inanspruchnahme der Ausgleichrücklage den Verzehr von Vermögen.

Wie es aussieht, werden wir aber für den Ausgleich des laufenden Haushalts 2009 bereits einen Betrag von ca. 3 Mio. € aus der Ausgleichsrücklage nehmen müssen.

Die dann noch vorhandenen rund 6 Mio. € sollen zur Deckung des Defizits im kommenden Jahr eingesetzt werden.

2. Höhere Kreisumlage nicht zu vermeiden

Meine Damen und Herren,

wir kommen allerdings nicht umhin, die zweite Hälfte des Defizits durch eine Anhebung des Satzes der allgemeinen Kreisumlage i. H. v. 2 Prozentpunkten zu decken, dass entspricht einem Betrag von 5,74 Mio. €

Auch diese Anhebung der allgemeinen Kreisumlage wird von den Bürgermeister*innen mitgetragen.

Eigentlich müssten wir die Jugendamtsumlage wegen der gestiegenen Aufwendungen ebenfalls um einen Prozentpunkt erhöhen.

In dieser Situation kommt es uns und den Städten und Gemeinden zugute, dass wir seit vielen Jahren die jeweiligen Jahresabschlüsse des Jugendamtes und die gezahlten Umlagebeträge nachhalten.

Aufgrund der guten Jahresabschlüsse der letzten Jahre hat sich ein Überschuss der Jugendamtsumlage in Höhe von rund 1,8 Mio € angesammelt. Dieses Geld wollen wir den 10 Städten unseres Jugendamtbereichs zurückgeben. 800.000 Euro sind als Entlastung für das kommende Jahr geplant – jeweils 500.000 € Entlastung sollen in den beiden Jahren darauf folgen.

Dadurch ist es möglich, die ansonsten notwendige 1% Erhöhung auf nur 0,5 % zu begrenzen.

V. Haushalt mit Risiken und Unsicherheiten

Sie sehen es meine Damen und Herren, unser "Kreisi" hat seine Balance wiedergefunden. Allerdings, und das sieht man auch, wackelt er ganz mächtig. Und das sind die Unsicherheiten des Haushaltes 2010!

Auf die kaum abzuschätzende Entwicklung der Zahl der Hartz IV-Gemeinschaften habe ich schon hingewiesen.

Eine zweite große Unsicherheit stellt das Gemeindefinanzierungsgesetz dar. Das Innenministerium hat bereits die Notwendigkeit einer Ergänzung des GfG angekündigt. Grund sind die deutlich höher ausfallenden Rückgänge bei den Steuereinnahmen des Landes. Wir müssen deshalb leider davon ausgehen, dass die zurzeit prognostizierten Kreisschlüsselzuweisungen nicht in der Höhe kommen werden, wie wir sie zurzeit noch im Haushaltsentwurf veranschlagt haben.

Eine dritte Unsicherheit ist auch weiterhin die Landschaftsumlage. Was wir wissen ist, dass man beim LWL mit deutlich weiter steigenden Aufwendungen insbesondere für die Integration behinderter Menschen rechnet.

Wir haben deshalb im Etatentwurf 2010 bereits den gleichen Betrag als Aufwand eingestellt, den wir auch in diesem Jahr an das Landeshaus überwiesen haben.

Bei einem unveränderten Umlagesatz des LWL – der zurzeit bei 15,2 % liegt – müssten wir aufgrund unserer geringeren Finanzkraft im kommenden Jahr etwa 1,2 Mio. € weniger nach Münster überweisen.

Nach den jüngsten Äußerungen des Landesdirektors gehen wir davon aus, dass unser eingeplanter "Puffer" ausreicht! Die vom Landesdirektor gegenüber den Medien angekündigte Erhöhung der Landschaftsumlage auf 15,6 % wäre also in unserem Haushaltsentwurf bereits abgedeckt.

Eines möchte ich aber betonen: alle unsere Haushaltsansätze und Prognosen haben wir nach besten Wissen ermittelt. Im letzten Jahr gab es zum Beispiel die Forderung der Bürgermeister, die Kosten des SGB II niedriger zu veranschlagen. Die Entwicklung in diesem Jahr zeigt, dass wir selbst mit unseren pessimistischeren Zahlen noch zu niedrig lagen.

VI. Ausblick: Selters statt Sekt!

Meine Damen und Herren,

der Haushaltsausgleich 2010 wird schwer – aber wir werden ihn schaffen. 2011 wird ganz bestimmt nicht leichter werden.

Wir befinden uns augenblicklich in einer sehr schwierigen, zwiespältigen Situation:

Auf der einen Seite sind wir gehalten, möglichst viel Geld auszugeben, zu investieren, damit die Wirtschaft weiter an Fahrt gewinnt. Wir tun das in diesem und auch im nächsten Jahr, z.B. durch die Maßnahmen zum Konjunkturpaket II oder auch durch die Investitionen in die Straßenunterhaltung, die wir wieder veranschlagt haben.

Auf der anderen Seite dürfen wir aber das Ziel einer nachhaltigen Finanzpolitik nicht aus den Augen verlieren.

Wir haben die letzten wirtschaftlich guten Jahre genutzt, um Schulden abzubauen. Für 2010 werte ich es schon als großen Erfolg, dass wir lediglich eine Pause beim Schuldenabbau einlegen müssen und um eine Netto-Neuverschuldung herumkommen.

Ähnliches gilt für den Kapitalstock für die Pensionen unserer aktiven Beamten und Pensionäre: auch hier werden wir uns vorübergehend einschränken. Statt – wie bisher – jährlich bis zu 2 Mio. € für den Aufbau des Kapitalstocks zu verwenden, sind für das kommende Jahr nur noch 1 Mio. € vorgesehen.

Die Aufgabe für die Zukunft muss aber für uns lauten: keine neuen Fässer aufmachen, Standards überprüfen, Sparmöglichkeiten ausloten und vielleicht auch neue Wege der interkommunalen Zusammenarbeit beschreiten, um Synergieeffekte zu nutzen.

Fürs Sparen möchte ich Ihnen einen ersten Vorschlag schon heute für den Haushalt 2010 unterbreiten: Noch im Haushaltsentwurf veranschlagt sind 50.000 Euro für eine Neuausstattung des großen Sitzungsraums im Kreishaus. Diese Beschaffung sollten wir zurückstellen - die 30 Jahre alten Tische und Sessel werden vielleicht auch noch ein oder zwei Jahre länger halten. Das ist ein gutes Zeichen auch an die Bürgermeister, dass wir es ernst meinen mit dem Sparen.

Ich möchte aber auch ein Beispiel für mögliche Synergieeffekte nennen. Mit unserer neuen Servicestelle Personal sind wir Vorreiter in Nordrhein-Westfalen. Ostbevern, Sendenhorst, Everswinkel und der Kreis arbeiten neuerdings bei der Personalverwaltung zusammen. Wir wollen dadurch zum einen die Qualität der Arbeit verbessern. Zum anderen geht es aber auch darum, Kosten einzusparen.

Dieses Projekt wird vom Land Nordrhein-Westfalen gefördert. Auch das Land sieht, dass die Zukunft für die Kommunen – gerade in Zeiten knapper Haushaltskassen – in freiwilligen Kooperationen liegt. Das Foto zeigt: am Seil ist durchaus noch Platz für weitere Partner.

Die Servicestelle Personal ist ein Beispiel - ich denke, dass sich noch weitere Aufgaben für eine Zusammenarbeit anbieten und werde entsprechende Möglichkeiten prüfen.

Die Devise für 2010 lautet: Selters statt Sekt.

Da passt es natürlich gut, dass die Potts Brauerei in dieser Woche von uns die amtliche Anerkennung von zwei Mineralwasserquellen erhalten hat!

Zusammenfassend möchte ich feststellen:

- Trotz erheblicher Ertragseinbrüche und großer Aufwandssteigerungen kann der Kreishaushalt 2010 ausgeglichen werden.
- Der Hebesatz der allgemeinen Kreisumlage muss um 2 % Punkte angehoben werden – der Hebesatz der Jugendamtsumlage wird um 0,5 % Punkte erhöht.
- Aus der Ausgleichsrücklage werden rund 6 Mio € zum Haushaltsausgleich eingesetzt.
- Beim Schuldenabbau wird eine Pause eingelegt – eine Netto-neuverschuldung kann vermieden werden
- Die U 3 Betreuung in den Kindertagesstätten wird weiter ausgebaut
- Der Stellenplan wird nicht erweitert
- Die Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket II werden mit Hochdruck umgesetzt
- Die Integrationsplanung wird fortgesetzt
- Die Maßnahmen zum Klimaschutz werden weiter vorangetrieben – eine Auszeichnung im European Energie Award angestrebt.
- Schwerpunkt im Bildungsbereich: Ein Gesamtkonzept zur Sprachförderung wird erstellt

Dankeschön an Kämmerer Dr. Funke und seine Mitarbeiter für die Vorbereitung des Haushaltes – Ihnen liebe Mitglieder des Kreistages, wünsche ich in den nächsten Wochen eine gute Beratung. Dafür ein herzliches Glück auf!